



Verwaltungsstandpunkt-Nr. VII-A-06822-VSP-01

Status: öffentlich

Eingereicht von:
Dezernat Stadtentwicklung und Bau

Betreff:
Verbesserung der Verkehrssituation Ratzelstraße / Stuttgarter Allee

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):
Gremium

DB OBM - Vorabstimmung
Dienstberatung des Oberbürgermeisters
SBB West
FA Stadtentwicklung und Bau
FA Umwelt, Klima und Ordnung
Ratsversammlung

Voraussichtlicher
Sitzungstermin

30.05.2022
31.05.2022
07.06.2022
15.06.2022

Zuständigkeit

Vorberatung
Bestätigung
Anhörung
Vorberatung
Vorberatung
Beschlussfassung

Rechtliche Konsequenzen

Der gemäß Ursprungsantrag gefasste Beschluss wäre

☐ Rechtswidrig und/oder

☐ Nachteilig für die Stadt Leipzig.

☐ Zustimmung

☐ Ablehnung

☐ Zustimmung mit Ergänzung

☒ Sachverhalt bereits berücksichtigt

☐ Alternativvorschlag

☒ Sachstandsbericht

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat nimmt das Ergebnis der bereits erfolgten Prüfung zur Kenntnis.

Räumlicher Bezug

Stadtbezirk Leipzig-West, Grünau-Mitte / Grünau-Siedlung

Zusammenfassung

Anlass der Vorlage:

☐ Rechtliche Vorschriften

☐ Stadtratsbeschluss

☐ Verwaltungshandeln

☒ Sonstiges: Antrag

Die begehrte Prüfung wurde bereits vorgenommen. Danach ist eine Anordnung von Tempo 30 auf Basis der StVO nicht möglich; der Standort Ratzelstraße/Stuttgarter Allee wird in die

Prüfung für stationäre Rotlichtüberwachungsanlagen einbezogen.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/>	nein	wenn ja,
Kostengünstigere Alternativen geprüft		nein	ja, Ergebnis siehe Anlage zur Begründung
Folgen bei Ablehnung		nein	ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung
Handelt es sich um eine Investition (damit aktivierungspflichtig)?		nein	ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung

Im Haushalt wirksam	von	bis	Höhe in EUR	wo veranschlagt
Ergebnishaushalt	Erträge			
	Aufwendungen			
Finanzhaushalt	Einzahlungen			
	Auszahlungen			
Entstehen Folgekosten oder Einsparungen?		nein		wenn ja, nachfolgend angegeben

Folgekosten Einsparungen wirksam	von	bis	Höhe in EUR/Jahr	wo veranschlagt
Zu Lasten anderer OE	Ergeb. HH Erträge			
	Ergeb. HH Aufwand			
Nach Durchführung der Maßnahme zu erwarten	Ergeb. HH Erträge			
	Ergeb. HH Aufwand (ohne Abschreibungen)			
	Ergeb. HH Aufwand aus jährl. Abschreibungen			

Steuerrechtliche Prüfung		nein	wenn ja
Unternehmerische Tätigkeit i.S.d. §§ 2 Abs. 1 und 2B UStG		nein	ja, Erläuterung siehe Punkt 4 des Sachverhalts
Umsatzsteuerpflicht der Leistung		nein	ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung
Bei Verträgen: Umsatzsteuerklausel aufgenommen		ja	nein, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung

Auswirkungen auf den Stellenplan	<input checked="" type="checkbox"/>	nein	wenn ja, nachfolgend angegeben
Beantragte Stellenerweiterung:			Vorgesehener Stellenabbau:

Ziele

Hintergrund zum Beschlussvorschlag:

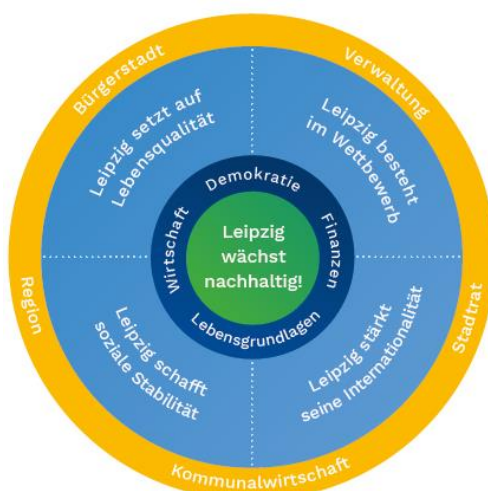
Welche strategischen Ziele werden mit der Maßnahme unterstützt?

2030 – Leipzig wächst nachhaltig!

Ziele und Handlungsschwerpunkte

Leipzig setzt auf Lebensqualität

- ☐ Balance zwischen Verdichtung und Freiraum
- ☐ Qualität im öffentlichen Raum und in der Baukultur
- ☐ Nachhaltige Mobilität
- ☐ Vorsorgende Klima- und Energiestrategie
- ☐ Erhalt und Verbesserung der



Leipzig besteht im Wettbewerb

- ☐ Positive Rahmenbedingungen für qualifizierte Arbeitsplätze
- ☐ Attraktives Umfeld für Innovation, Gründer und Fachkräfte
- ☐ Vielfältige und stabile Wirtschafts- struktur
- ☐ Vorsorgendes Flächen- und Liegenschafts-management
- ☐ Leistungsfähige technische

Umweltqualität

- ☐ Quartiersnahe Kultur-, Sport- und Freiraum-angebote

Infrastruktur

- ☐ Vernetzung von Bildung, Forschung und Wirtschaft

Leipzig schafft soziale Stabilität

- ☐ Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt
- ☐ Gemeinschaftliche Quartiersentwicklung
- ☐ Bezahlbares Wohnen
- ☐ Zukunftsorientierte Kita- und Schulangebote
- ☐ Lebenslanges Lernen
- ☐ Sichere Stadt

Wirkung auf Akteure

- ☐ Bürgerstadt
- ☐ Region
- ☐ Stadtrat
- ☐ Kommunalwirtschaft
- ☐ Verwaltung

Leipzig stärkt seine Internationalität

- ☐ Weltoffene Stadt
- ☐ Vielfältige, lebendige Kultur- und Sportlandschaft
- ☐ Interdisziplinäre Wissenschaft und exzellente Forschung
- ☐ Attraktiver Tagungs- und Tourismusstandort
- ☐ Imageprägende Großveranstaltungen
- ☐ Globales Denken, lokal verantwortliches Handeln

Sonstige Ziele: bei Bedarf überschreiben (max. 50 ZML)

- ☒ **Trifft nicht zu**

Klimawirkung

Klimawirkung durch den Beschluss der Vorlage

Stufe 1: Grobe Einordnung zur Klimawirkung (Klimaschutzes und zur –wandelanpassung)

- Eingesetzte Energieträger (Strom, Wärme, Brennstoff) ☒ keine / Aussage nicht möglich ☐ erneuerbar ☐ fossil
- Reduziert bestehenden Energie-/Ressourcenverbrauch ☐ Aussage nicht möglich ☐ ja ☒ nein
- Speichert CO₂-Emissionen (u.a. Baumpflanzungen) ☐ Aussage nicht möglich ☐ ja ☒ nein
- Mindert die Auswirkungen des Klimawandels (u. a. Entsiegelung, Regenwassermanagement) ☐ Aussage nicht möglich ☐ ja ☒ nein
- Abschätzbare Klimawirkung mit erheblicher Relevanz ☐ ja, da Beschlussgremium RV, GVA, oder VA und mind. 5 Jahre Betriebs- und Nutzungsdauer ☒ nein
- Vorlage hat keine abschätzbare Klimawirkung ☒ ja (Prüfschema endet hier.)

Stufe 2: Die Vorlage berücksichtigt die zentralen energie- und klimapolitischen Beschlüsse (s. leipzig.de)

- ☐ ja ☐ nein (Begründung s. Abwägungsprozess) ☐ nicht berührt (Prüfschema endet hier.)

Stufe 3: Detaillierte Darstellung zur abschätzbaren Klimawirkung nur bei erheblicher Relevanz

- ☐ Berechnete THG-Emissionen (in t bzw. t/a): _____
- ☐ liegt vor: s. Anlage/Kapitel der Vorlage: _____
- ☐ wird vorgelegt mit: _____ (z. B. Planungsbeschluss, Baubeschluss, Billigungs- und Auslegungsbeschluss)

Sachverhalt

Beschreibung des Abwägungsprozesses:

entfällt

I. Eilbedürftigkeitsbegründung

entfällt

II. Begründung Nichtöffentlichkeit

entfällt

III. Strategische Ziele

entfällt

IV. Sachverhalt

1. Begründung Kreuz auf dem Deckblatt

Im Antrag wird eine Prüfung der Anordnung von Tempo 30 in der Ratzelstraße zwischen der Einfahrt des LIDL-Parkplatz und der Einfahrt zum Parkplatz „Grünauer Welle“ begehrt. Darüber hinaus wird die Einrichtung einer stationären Rotlichtüberwachungsanlage an der Fußgänger-Lichtsignalanlage in Höhe Stuttgarter Allee gefordert.

Das Anliegen selbst ist insbesondere in Bereichen mit erhöhter Fußgängerfrequentierung und Querungsbedarfen, sowie aus Gründen des Lärmschutzes nachvollziehbar und wird von Seiten der Stadtverwaltung Leipzig begrüßt und unterstützt.

Wie gewünscht, hat die Verwaltung geprüft, welche rechtlichen Handlungsmöglichkeiten gegeben sind, um das Anliegen zu erfüllen. Dabei war zu beachten, dass es sich bei der Ratzelstraße um eine Hauptverkehrsstraße handelt, der eine erhebliche Verkehrsbedeutung im Straßennetz der Stadt Leipzig zukommt. Laut StVO ist bei solchen Straßen die übliche innerörtliche Geschwindigkeit von 50 km/h und der dieser Bedeutung entsprechenden Regelung für Hauptnetzstraßen mit der innerorts üblichen zulässigen Geschwindigkeit von 50 km/h. Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs, wozu auch Geschwindigkeitsbeschränkungen zählen, dürfen nach den Regelungen der StVO § 39 Abs. 1, § 45 Abs. 9 nur dort angeordnet werden, wo dies aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse zwingend erforderlich ist und zusätzlich eine qualifizierte Gefahrenlage nachgewiesen werden kann. Diese restriktiven Anforderungen an Beschränkungen des fließenden Verkehrs werden in den im Antrag angeführten Unterlagen des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags ausdrücklich bestätigt.

Eine erheblich übersteigerte Gefahrenlage muss nachgewiesen werden. Sie würde z.B. bestehen, wenn Unfalluntersuchungen ergeben haben, dass häufig geschwindigkeitsbedingte Unfälle aufgetreten sind oder aufgrund unangemessener Geschwindigkeiten bzw. gefahrenträchtiger Streckenführungen besondere Gefahrensituationen entstehen. Ob solche Beschränkungen in Form der Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit im Einzelfall angeordnet werden, entscheidet regelmäßig die Verkehrsunfallkommission. Eine erhöhte Unfallrate im betreffenden Bereich der Ratzelstraße ist diesbezüglich nicht bekannt.

Des Weiteren können Beschränkungen des fließenden Verkehrs zum Schutz vor Lärm und

Abgasen angeordnet werden. Grundlagen für diese Anordnungen sind u.a. der Lärmaktionsplan und der Luftreinhalteplan der Stadt Leipzig. In den gültigen Lärmaktions- und Luftreinhalteplänen der Stadt Leipzig, sowie dessen jeweiligen Fortschreibungen, sind keine Anhaltspunkte zu entnehmen, wonach im betroffenen Abschnitt der Ratzelstraße eine Geschwindigkeitsbeschränkung zur Lärm- bzw. Abgasminderung nach § 45 Abs.1 Nr. 3 StVO zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen erforderlich ist.

Der Nachweis der besonderen Gefahrenlage entfällt – wie auch in den Unterlagen des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages ausgeführt - vor sogenannten „sensiblen Bereichen“. Nach § 45 Abs. 9 Satz 4 Nr. 6 StVO ist dieser Nachweis im unmittelbaren Bereich von an Hauptverkehrsstraßen gelegenen Kindergärten, Kindertagesstätten, allgemeinbildenden Schulen, Förderschulen, Alten- und Pflegeheimen oder Krankenhäusern nicht erforderlich. Von der Möglichkeit hier Tempo 30 anzuordnen, wurde in Leipzig bereits überall wo es möglich war Gebrauch gemacht.

Für den Bereich der Ratzelstraße zwischen der Einfahrt des LIDL-Parkplatz und der Einfahrt zum Parkplatz „Grünauer Welle“ liegen die Voraussetzungen dafür nicht vor. Weder liegt der direkte Zugang einer der o.g. Einrichtungen an der Ratzelstraße, noch ist starker Ziel- und Quellverkehr mit all seinen kritischen Begleiterscheinungen (z. B. Bring- und Abholverkehr mit vielfachem Ein- und Aussteigen, erhöhter Parkraumsuchverkehr) im Nahbereich einer solcher Einrichtung feststellbar.

Hinsichtlich der Schulwegsicherheit ist ebenfalls keine konkrete Problematik für die Zielgruppen der offenen Kinder- und Jugendarbeit bekannt. Zum Erreichen der Schule sind die Wohngebietsstraßen (Ringstraße und Bayreuther Straße), welche bereits ausgewiesene Tempo-30 Zonen sind, zu nutzen. Der LIDL-Parkplatz samt Einfahrtsbereich kann somit vermieden werden. Die Einfahrt zum Parkplatz an der Grünauer Welle und die sich im Nahbereich befindliche Querungsstelle ist nicht Teil der Schulwegplanung. Aus Richtung Forchheimer Straße kommend wird die Nutzung der Lichtsignalanlage in Höhe der Stuttgarter Allee empfohlen. Hinweise auf mögliche Gefährdungen sind diesbezüglich auch nicht bekannt.

Aufgrund der aktuellen Rechtslage ist es in diesem Fall jedoch nicht möglich, Tempo 30 als zulässige Höchstgeschwindigkeit anzuordnen, da dies gegen die Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung verstoßen würde. Wir setzen uns jedoch auf allen Ebenen nachdrücklich dafür ein, dass die Gesetzeslage auf Bundesebene geändert wird, damit die Kommunen in Fällen wie diesem perspektivisch einen größeren Handlungsspielraum bekommen (siehe den Stadtratsbeschluss zum Modellvorhaben sowie das Positionspapier der Städteinitiative Tempo 30 unter VII-A-02284-NF-03 und VII-A-02284-Ifo-04).

Die Errichtung stationärer Rotlichtüberwachungsanlagen orientiert sich neben der Erforderlichkeit und Zweckmäßigkeit auch immer an der technischen Realisierbarkeit sowie dem Vorhandensein finanzieller Mittel. Neue Standorte werden häufig von Bürgerinnen und Bürgern, der Polizei, der Verkehrsunfallkommission oder der AG Schulwegsicherheit vorgeschlagen. Bei der Neukonzeption von Standorten werden diese zur Verfügung stehenden Alternativen nach vorgenannten Kriterien geprüft, bei Gegebenheit limitierter Ressourcen notwendigerweise priorisiert und eine Errichtung detaillierter geplant. Der genannte Standort Ratzelstraße/Stuttgarter Allee wird in die Prüfung einbezogen.

Anlage/n
Keine